

Bundespräsident Steinmeier nimmt Vertrauten mit

Wenn Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Februar zum Nachfolger von Joachim Gauck gewählt wird, soll mit ihm sein langjähriger Wegbegleiter Stephan Steinlein als Staatssekretär ins Bundespräsidialamt wechseln. Der 55-Jährige dient Steinmeier seit 1999 in verschiedenen Funktionen und seit 2014 als beamteter Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Steinlein ist gut vorbereitet auf seinen künftigen Job. Als Staatssekretär im Auswärtigen Amt gehörte

es zu seinen Aufgaben, den amtierenden Bundespräsidenten Gauck auf seinen Auslandsreisen zu begleiten. Außerdem ist er ein guter Bekannter des derzeitigen Chefs des Präsidialamts, David Gill; beide studierten vor dem Mauerfall Theologie am evangelischen Sprachenkonvikt in Ostberlin. Gill soll im Gegenzug Botschafter an einer deutschen Vertretung im Ausland werden. Anders als Steinmeier wird Steinlein weiterhin an den Sitzungen des Bundeskabinetts teilnehmen. Denn der Leiter des Bundespräsidialamts sitzt bei jeder Sitzung des Kabinetts mit am Tisch. csc

Finanzen Steuergeld für Ostrenten?

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel will die Ost-West-Angleichung der gesetzlichen Renten aus Steuermitteln bezahlen lassen. Im koalitionsinternen Streit um die Finanzierung des Projekts erhöht er damit den Druck auf Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). „Diese Mehrkosten sind eine gesamtgesellschaftliche Investition in die Vollendung der Deutschen Einheit und werden deshalb aus Steuermitteln aufgebracht“, heißt es im Ent-

wurf des neuen Jahreswirtschaftsberichts, den Gabriel im Januar vorstellen will. Der Koalitionsausschuss hatte Ende November beschlossen, das Rentenrecht bis 2025 in sieben Schritten anzugleichen. Die Altersbezüge heutiger Rentner in den neuen Ländern würden sich dadurch erhöhen. Die Kosten steigen laut Bericht auf 3,9 Milliarden Euro im Jahr 2025 an. Bundessozialministerin Andrea Nahles (SPD) will dafür auf Steuermittel zurückgreifen. Schäuble lehnt das bislang ab – damit müssten die Beitragszahler für die Reform aufkommen. cos, rei

Spionage Außenamt warnt vor Fake-Profilen

Chinesische Geheimdienste setzen falsche Internetprofile ein, um Informanten in deutschen Behörden zu gewinnen. Davor warnt der Geheimdienstbeauftragte des Auswärtigen Amts in einem Schreiben an Mitarbeiter. Unter der Betreffzeile „Vorsicht bei Kontaktaufnahme über Soziale Netzwerke!“ heißt es: „Gerade chinesische Nachrichtendienste sind in Netz-

werken wie LinkedIn und Facebook aktiv und versuchen seit einiger Zeit intensiv, über diesen Weg nachrichtendienstliche Quellen zu werben.“ Dabei tarnten sich die Anwerber als Mitarbeiter von Thinktanks oder Angehörige chinesischer Behörden, aber auch als Headhunter. „Sie geben vor, sich für Ihr Arbeitsgebiet zu interessieren und fragen an, ob man sich austauschen könne“, heißt es. Bereits betroffene Mitarbeiter sollten sich sofort melden. neu

Verkehr Meine Maut, deine Maut

Die Einigung zwischen Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) und der EU-Kommission auf die sogenannte Ausländermaut hat im Europaparlament emotionale Debatten zur Folge. Ausgerechnet für die Fraktion der Europäischen Volkspartei, der CDU und CSU angehören, wird Dobrindts Wegezoll zur Zerreißprobe. Mit einer Unterschriftenaktion will die österreichische Abgeordnete Claudia Schmidt EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc vor das Parlament zitieren. „Wir wollen wissen, wie es zu dieser Mauschelei gekommen ist“,

sagt Schmidt. Der SPIEGEL hatte berichtet, dass EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker sich vor dem Mautdeal das Einverständnis von Kanzlerin Angela Merkel eingeholt hatte (SPIEGEL 49/2016). Zu den Unterstützern Schmidts zählt neben Abgeordneten aus Tschechien und Belgien auch die CDU-Parlamentarierin Sabine Verheyen aus Aachen. Europaparlamentarier der CSU versuchten vergeblich, die Unterschriftenliste zu verhindern. CSU-Wirtschaftspolitiker Markus Ferber drohte bei der Fraktionsitzung am Mittwoch mit Vergeltung, sollte die Aktion nicht unterbleiben: „Dann mache ich eure Maut in Österreich kaputt.“ mp

Atomlager Asse Müll soll unter Tage bleiben

Die Gefahr, die vom Atom-müll im ehemaligen Bergwerk Asse in Niedersachsen ausgeht, ist möglicherweise geringer, als in den vergangenen Jahren von Behörden dargestellt. Dies ergibt sich aus einer Empfehlung der Strahlenschutzkommission zur Stilllegung der Schachanlage. Nach neueren Analysen könne „eine Gefährdung der Bevölkerung“ durch einen Verbleib der Abfälle unter Tage „ausgeschlossen wer-

den“, heißt es in dem Papier. Dies gelte selbst für ein unkontrolliertes Volllaufen der Schachanlage. Die Kommission aus renommierten Strahlenschutzexperten berät das Bundesumweltministerium.



Einlagerung von Atommüll in der Asse 1975

In den Asse-Stollen lagern seit den Siebzigerjahren gut 125 000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen. Täglich dringt Salzlauge ein, die abgepumpt wird. 2013 beschloss der Bundestag, die Gebinde bergen zu lassen. Grund war unter anderem die Sorge, radioaktive Stoffe könnten in die Biosphäre gelangen. Eine Bergung des Mülls, die mehrere Jahrzehnte dauern und Milliarden kosten würde, birgt nach Einschätzung

der Kommission ein höheres Strahlenrisiko für Beschäftigte und Bevölkerung der Region, als den Müll dort zu lassen, wo er liegt. Nach Darstellung der Kommission hat der Bund im Jahr 2009 zwei Studien zu möglichen Gefahren der Asse in Auftrag gegeben, die von „übermäßig konservativen und zum Teil unrealistischen Annahmen“ ausgegangen wären. Dadurch sei eine Gefährdung unrealistisch hoch erschienen. Das zuständige Bundesamt für Strahlenschutz habe sich diesen Auffassungen damals dennoch angeschlossen. mif